

**a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)**

Name Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH  
 Straße Skandinavienkai  
 Plz, Ort 23570, Lübeck  
 Telefon  
 Fax  
 E-Mail christoph.adam@sg-lubeck.de  
 Internet  
 Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

- b) Vergabeverfahren Öffentliche Ausschreibung, VOB/A**  
 Vergabenummer 2026-07

**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen - ohne elektronische Signatur (Textform)****d) Art des Auftrags**

- Ausführung von Bauleistungen  
 Planung und Ausführung von Bauleistungen  
 Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

**e) Ort der Ausführung**

Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH, Skandinavienkai, 23570 Lübeck

**f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose**

Die Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH (LHG) beschafft außerhalb dieses Vergabeverfahrens drei Stück vollelektrische Terminalzugmaschinen (Tugmaster), die ab Herbst 2026 geliefert werden sollen. Im Rahmen dieses Verfahrens geht es um die Beschaffung von zwei DC-Doppelladestationen mit jeweils 180 kW Leistung, elektrischer Ausrüstung und Tiefbaumaßnahmen zu deren Netzanschluss, die nach § 5 (1) VOB/A (2019) zusammen vergeben werden sollen. Die Ladestationen und der Verteilerschrank stehen im Freien und werden ganzjährig im Hafen Travemünde im 24/7 h Betrieb unter hohen Belastungen eingesetzt. Insbesondere sind die örtlichen, äußeren Umweltbedingungen des Skandinavienkai, die neuesten technischen und sicherheitsrelevanten Regelwerke und die erforderlichen Sicherheitseinrichtungen zu berücksichtigen. Die aktuell gültigen Sicherheitsrichtlinien und gesetzlichen Vorgaben sind bei den Ladesäulen einzuhalten. Die Ladesäulen müssen eine CE-Kennzeichnung haben. Der als Anlage 01 beigefügte Bestandsplan zeigt die Positionierung der Ladestationen, Schächte und des Verteilerschranks sowie die gebaute und in Betrieb befindliche KV-Terminalinfrastruktur. Im Untergrund befinden sich in Längs- und Querrichtung umfangreiche Infrastrukturen für die Ver- und Entsorgung des Hafenterminals. Die Bau- und Inbetriebnahmearbeiten müssen mit der Baltic Rail Gate GmbH abgestimmt werden, die den KV-Terminal betreibt. Auf den Gleisen finden Zugbewegungen, auf der Kranbahn Kranbewegungen statt und auf der Fläche werden Sattelanhänger und Rollflats von LKW- und Terminalzugmaschinen bewegt und abgestellt. Die Baumaßnahmen sollen den Terminalbetrieb so wenig wie möglich einschränken. Eine Einschränkung liegt insbesondere dann vor, wenn die Übergabepätze entlang der Kranbahn nicht für den Umschlag und die Zwischenabstellung zur Verfügung stehen. Der Bauablauf ist daher im Angebot mit den Auswirkungen auf den Terminalbetrieb zu beschreiben. Das Baufeld kann nach vorheriger Terminabstimmung vor Ort besichtigt werden.

**g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

**h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)**

- nein  
 ja, Angebote sind möglich
- nur für ein Los  
 für ein oder mehrere Lose  
 nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) **Ausführungsfristen**

- Beginn der Ausführung
- Fertigstellung oder Dauer der Leistungen 31.12.2026

**Bestimmungen über die Ausführungsfrist**

Die Arbeiten sollen bis zum 31.10.2026 abgeschlossen werden. Sofern dieser Termin nicht haltbar ist, sollen die Bieter im Angebot den frühestmöglichen Fertigstellungs- und Inbetriebnahmetermine angeben. Spätester Fertigstellungs- und Inbetriebnahmetermine ist der 31.12.2026. Ist das Fertigstellungs- und Inbetriebnahmedatum nach dem 31.12.2026 wird das Angebot ausgeschlossen.

j) **Nebenangebote**

- zugelassen
- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
- nicht zugelassen

k) **mehrere Hauptangebote**

- zugelassen
- nicht zugelassen

l) **Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**

Vergabeunterlagen

- werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YUDM3BY/documents>

können angefordert werden unter:

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen

Abgabe Verschwiegenheitserklärung

andere Maßnahmen:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

- nachgefordert
- teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:

Unter Verweis auf § 51 Absatz 2 SektVO behält sich der Auftraggeber das Recht vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Erklärungen und Nachweise nachzufordern. Es besteht jedoch keine Verpflichtung dazu.

nicht nachgefordert

o) **Ablauf der Angebotsfrist** am 11.08.2026 um 10:00 UhrAblauf der Bindefrist am 31.10.2026p) **Adresse für elektronische Angebote** <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YUDM3BY>

Anschrift für schriftliche Angebote

q) **Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:** DEr) **Zuschlagskriterien**

- siehe Vergabeunterlagen
- nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
- | Kriterium                         | Gewichtung |
|-----------------------------------|------------|
| <a href="#">Niedrigster Preis</a> |            |

s) **Eröffnungstermin** am 11.08.2026 um 10:00 Uhr

Ort

Die Angebote werden ausschließlich digital mit Hilfe des DTVP geöffnet.

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen

Die Öffnung der Angebote erfolgt im Vergabeportal durch zwei bevollmächtigte Personen. Eine persönliche Beteiligung der Bieter ist ausgeschlossen.

**t) geforderte Sicherheiten**

**u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**

100% des Bestellwertes nach Lieferung und Inbetriebnahme in Lübeck-Travemünde.

**v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften**

keine Vorgabe

**w) Beurteilung der Eignung**

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Nachweis über die erlaubte Berufsausübung, je nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem das Unternehmen ansässig ist, entweder über die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister dieses Staates (in nicht beglaubigter Kopie) oder durch Nachweis auf andere Weise. Vorgenannte Unterlagen dürfen im Zeitpunkt der Abgabe des Angebots nicht älter als 6 Monate sein.

Vorgenanntes gilt als Mindestanforderung zur Eignung.

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über Umsatz für den Tätigkeitsbereich, der Gegenstand der Ausschreibung ist (Lieferung und Errichtung von Stromversorgungs-, Ladeinfrastruktur für Fahrzeuge und/oder Kommunikationsinfrastruktur), jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Mindestanforderung: durchschnittlich 600.000,00 Euro pro Jahr.

Sowie (zur Information): Eigenerklärung zu Gesamtumsatz, Betriebsergebnis und Mitarbeiterzahl

(Vollzeitäquivalente) des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis einer bestehenden, aktuell gültigen

Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung mit einer

Deckungssumme von mindestens 4 Millionen Euro für Personen und mindestens 2 Millionen für Sachschäden je Schadensfall zweifach maximiert je Versicherungsjahr.

Vorgenanntes gilt als Mindestanforderung zur Eignung.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Darstellung von mindestens 1 maximal 5 aussagekräftigen und mit dem Auftrag vergleichbaren Referenzprojekten als leistungsverantwortliches Unternehmen (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzbeauftragten) gegenüber einem Referenzbeauftragten, die das Unternehmen erfolgreich in den letzten 5 Jahren innerhalb der Europäischen Union, dem Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz durchgeführt hat. Als vergleichbare Referenzprojekte gelten folgende Kriterien (jeweils kumulativ):

- Lieferung und Errichtung von Stromversorgungs- und/oder Ladeinfrastruktur zur Ladung von

(Straßen-)fahrzeugen;

- Zeitraum 07/2022 bis 06/2026 für die Durchführung gemessen am Tag der Übergabe des Gewerkes an den Referenzbeauftragten

Vorgenanntes gilt als Mindestanforderung zur Eignung.

Vorlage von unternehmensbezogenen Zertifikaten (kumulativ):

- Unternehmen ist zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe und mindestens bis zum Ende des geplanten Ausführungszeitraumes (Ende 2026) nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert und bestätigt dies durch Beifügen einer nicht beglaubigten Kopie / Scan der erfolgreichen Zertifizierung (Zertifikat und Siegel der Prüforganisation).

- Unternehmen oder Mitglied der Bietergemeinschaft oder Eignung leihendes Unternehmen ist zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe ein bei einem Netzbetreiber eingetragenes Elektroinstallationsunternehmen mit Berechtigung zum Anschluss elektrischer Anlagen ans Niederspannungsnetz gemäß TAB und bestätigt dies durch Beifügen eines Nachweises der Eintragung beim Netzbetreiber (z.B. Installateurausweis).

Vorgenanntes gilt als Mindestanforderung zur Eignung.

Eigenerklärung, dass das Unternehmen keinen der unter § 123 GWB genannten und nachfolgend abgedruckten Ausschlussstatbestände erfüllt.

Eigenerklärung, dass das Unternehmen keinen der unter § 124 GWB genannten und nachfolgend abgedruckten Ausschlussstatbestände erfüllt.

Eigenerklärung zur Umsetzung der Verordnung (EU) 833/2014 laut BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 in der Fassung vom 15.11.2022 "Rußland Embargo"

**x) Nachprüfung behaupteter Verstöße**

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name	Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
Straße	Düsternbrooker Weg 94
Plz, Ort	24105, Kiel
Telefon	0431 988-4542
Fax	0431 988-4702
E-Mail	vergabekammer@wimi.landsh.de
Internet	<a href="https://www.schleswig-holstein.de">https://www.schleswig-holstein.de</a>

**Sonstiges**

Die Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH (LHG) ist grundsätzlich Sektorenauftraggeber i.S. der §§ 100 und 102 GWB und beschafft im Unterschwellenbereich auf Grundlage des § 3 Abs. 2 Vergabegesetz Schleswig-Holstein (VGSH) in einem frei gestalteten Verfahren, welches sich nach den Grundsätzen des § 2 VGSH richtet, die in der Bekanntmachung benannte und in der Leistungsbeschreibung beschriebene Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge.

Dafür steht im DTVP kein Formularsatz zur Verfügung und es wurde hilfsweise der Formularsatz der VOL/A Bund verwendet.

Bekanntmachungs-ID:

CXP4YUDM3BY